

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. 50 Pf. Einmalige Abnahme: 20 Hefen 50 Pf., 30 Hefen 75 Pf., 60 Hefen 1,30 Mk., 120 Hefen 2,50 Mk., 240 Hefen 4,80 Mk., 480 Hefen 9,50 Mk., 960 Hefen 18,50 Mk., 1920 Hefen 37,00 Mk. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Verlagspreis: die 4-spaltige Normalzeile 20 Pf., die 6-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 8-spaltige Normalzeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennig. Werbung und Anzeigenpreise: Einmalige Anzeigen 10 Pf., Wiederholungsanzeigen nach Abmachung. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 48 — 89. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postfach: Dresden 2640      Mittwoch, den 26. Februar 1930

## Die Krise auf dem Baumarkt.

Unter dem Druck der allgemeinen Wirtschaftskrise und der katastrophalen Lage des Baumarktes haben sich die Arbeitgeberverbände des gesamten deutschen Baugewerbes gezwungen gesehen, von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch zu machen und die zurzeit gültigen Bauarbeiterlöhne zum 31. März 1930 zu kündigen. Eine Kündigung der Bauarbeiterlöhne ist auch im Rheinland und in Westfalen erfolgt.

Einen Blick auf die heutige Lage des Baumarktes zu werfen genügt schon, um die obige Meldung als nicht gerade unerwartet zu betrachten. Wohl kaum ein Zweig der deutschen Industrie ist im letzten Jahre so hart von der allgemeinen Wirtschaftskrise getroffen worden wie die Bauwirtschaft. Was besonders bedauerlich ist, liegt nicht nur in der allgemeinen Wirtschaftskrise, sondern auch in der Bauwirtschaft selbst. Die Bauwirtschaft ist in weiten Teilen in eine tiefe Krise verfallen.

Zuerst hat man sich über die Verhältnisse auf dem Baumarkt und im Wohnungswesen unterhalten und dabei die bittere Feststellung machen müssen, daß das Wohnungsbedürfnis für die weniger und die gering Bemittelten eigentlich erst dann einigermaßen gestillt werden kann, wenn sich etwa 1935 der starke Geburtenrückgang während des Krieges wohnungspolitisch geltend macht. Also sozusagen nicht auf normalem Wege eine Besserung erfolgt. Mindestens 800 000 Familien haben keine eigene Wohnung und etwa die gleiche Zahl von Familien ist in überfüllten Wohnungen zusammengedrängt. Dazu kommt ein Zuwachsbedarf von jährlich etwa 250 000 Wohnungen. Und nun auf der anderen Seite die verhängnisvollen wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf dem Baumarkt, die verhindern, daß über die Befriedigung des Zuwachsbedarfes hinaus die Wohnungsnot wesentlich gemildert werden konnte.

In den letzten Monaten des vergangenen Jahres gab es auf Bauvorhaben Privathypotheken zu erster Stelle nur für mehr als zehn Prozent — wenn es überhaupt Geld gab. Denn Geldsuche für nicht ertragsfähige Hypotheken blieben völlig ergebnislos. Kurzfristige Zwischenkredite für die Ausführung von Bauten waren gleichfalls enorm kostspielig — auch hier mit der Einschränkung: wenn sie überhaupt zu kriegen waren! So nähern sich die Baukosten, bei denen natürlich auch der Lohnanteil eine sehr große Rolle spielt, nun schon dem Punkt, der 100 Prozent über dem Baukostenindex der Vorkriegszeit liegt. Entsprechend hoch sind dann auch die Mieten für Neubauwohnungen, wo diese nicht durch die billigeren Hauszins- und Hypothekenzinsen etwas geringeren Kosten hergestellt werden konnten. Aber der Umfang dieser hier zur Verwendung kommenden Mittel ist auch längst nicht so groß wie der Steuerertrag selbst, weil ein Teil davon für die allgemeine Finanzverwaltung der Länder und der Kommunen verwendet wird. Diesem und sicher nicht mit Unrecht wird auch darüber gellagt, daß der allzu langsame Gang der Behördenmaschine bei der Prüfung und Genehmigung von Bauvorhaben hemmend und verunsichernd wirke. Wie daher nicht anders zu erwarten ist, richtete sich das Streben der Arbeitgeber nach Herabsetzung der Baukosten nun vor allem gegen die bisherige Lohnhöhe, wobei es allerdings sehr fraglich bleibt, ob auf diesem Wege eine wirkliche Überwindung der Krise auf dem Baumarkt erreicht werden kann.

Denn bei dieser sprechen ja noch andere wirtschaftliche Vorbedingungen ein vielleicht noch lautes Wort als nur die bedrohliche Kreditlage, deren Folgeerscheinungen sie allerdings zum großen Teil sind: Der fast völlige Rückgang der öffentlichen Hand, also des Reiches, der Länder und namentlich der Kommunen als Auftraggeber von Baumarkt. Und die Behörden aller Art standen in der Reihe dieser Auftraggeber ganz vorn und in die vielen Hunderte von Millionen gingen die Mittel, die von dort aus der Bauindustrie zugeleitet wurden und — auch das muß festgestellt werden — zu einer „Überflutung“, zu einer ungeheuren Vermehrung der Zahl der Betriebe führten. Damit ist es nun zum großen, vielleicht zum größten Teil vorläufig vorbei; von der Reichsbahn und der Reichspost herunter bis zur letzten Kommune wird gespart und noch mehr gespart, vor allem bei geplanten, ja bei halbfertigen Bauten. Nur was hier wirklich und ganz, aber auch ganz dringend notwendig ist, wird noch ausgeführt. Außerdem ist noch der privaten Bauindustrie gerade bei den Bauvorhaben der öffentlichen Hand eine sehr fühlbare Konkurrenz, in den „Bauhütten“ erwachsen, Baubetrieben also, die eine Art genossenschaftlicher Betätigung darstellen und die sich auch schon in großem Umfang auf Siedlungs- und Sammelbauten ausgedehnt haben.

Alle diese unerfreulichen Verhältnisse auf dem Baumarkt dürften in absehbarer Zeit sich kaum wesentlich ändern, auch nicht durch eine etwaige Lohnherabsetzung. Eine wirkliche Anpassung an die Lage, wie sie nun einmal ist, verlangt viel mehr auch noch eine scharfe Rationalisierung im Baugewerbe, nicht bloß hinsichtlich der vielfach wohl nicht gerade modernen Betriebsformen, sondern auch der Zahl der augenblicklich vorhandenen Betriebe. Schon manchen dürren Akt hat die Wirtschaftskrise auch hier vorgeschrieben, — doch es ist noch recht vieles Vorläufig geblieben. Behren aber möchte man sich gegen die Befürchtung, daß man zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bis zum 1. April etwa nicht zu einer neuen

## Eine neue Regierungskrise?

### Die Streitigkeiten bei den Regierungsparteien.

Verhandlungen über das Notopfer.  
Im Reichstag gehen wieder Krisengerüchte um. Gerüchte, die davon wissen wollen, daß die Regierung zurücktreten werde, falls das Polenabkommen abgelehnt oder seine Abtrennung von dem gesamten übrigen Komplex der Haager Gesetze vom Reichstag beschlossen werden sollte. Die auf dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei stehende Deutsche Allgemeine Zeitung, die sich selbst als zwischenparteilich bezeichnet, weiß davon zu berichten, daß zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie bereits bestimmte Abreden getroffen seien, die nur darauf hinauslaufen können, die Deutsche Volkspartei zum Verlassen der Koalition zu zwingen. Man spricht schon von einer bevorstehenden „Gewerkschaftsregierung“, die sich auf folgenden Grundelementen aufbauen würde: Sicherung der Arbeitslosenversicherung in ihrem heutigen Umfang ohne Beeinträchtigung ihrer Leistungen und ihrer bisherigen Praxis; Deckung ihres Defizits mit Reichshilfe, Sanierung der Reichskasse, aber Verzicht auf alle Steuererhöhungspläne, Wiederherstellung der vom Kabinett gefürzten sozialen Positionen zu Lasten neuer Abstriche am Wehretat.

Wie weit diese Nachrichten den Tatsachen entsprechen werden die nächsten Tage bald zeigen. Wichtig ist es, daß noch immer große Meinungsverschiedenheiten unter den Regierungsparteien bestehen. Die Sozialdemokraten sind erbittert über den langsamen Gang der Verhandlungen in den Young-Ausschüssen. In einem ziemlich geheimnisvollen Artikel „Wie lange noch?“ betont das Zentralorgan der Sozialdemokraten, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion diesen Zustand nur mit wachsender Unruhe und erregter Verärgerung ansehen müsse, wie kostbare Zeit verströbe werde. Die Regierung müsse die Initiative ergreifen, um den Gang der Dinge zu beschleunigen.

Auch um die Deckung des Fehlbetrages für die Arbeitslosenversicherung wird noch immer heiß gestritten. Wie es heißt, will nun Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer seine Finanz- und Steuervorschläge dem Kabinett am Donnerstag unterbreiten. Das Defizit wird in der Hauptsache durch die Biersteuer gedeckt werden, mit der die Bayerische Volkspartei sich abgefunden haben soll, weil ein erheblicher Teil des Steuerertrages den Ländern zugute kommen soll.

Bei der Arbeitslosenversicherung soll der 150 Millionen übersteigende Bedarf (und der macht ungefähr weitere 100 Millionen aus) durch ein Notopfer der Festbesoldeten gedeckt werden. Dieses Notopfer ist so gedacht, daß alle zurzeit nicht arbeitslosenversicherungspflichtigen Einkommenbezieher einen 10prozentigen Zuschlag zu ihrer bisherigen Einkommensteuer zahlen, also einen Betrag in der Höhe der Kirchensteuer.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung nennt diese vorgeschlagene Steuer eine typische „Notzuschsteuer“

und meint, daß die Deutsche Volkspartei die Verabschiedung dieser Steuer auf keinen Fall mitmachen dürfe. Man sieht, daß innerhalb der Koalitionsparteien tatsächlich noch große Meinungsverschiedenheiten zu überbrücken sind und daß die Regierungsparteien es dem neuen Finanzminister nicht leicht machen, ein Gleichgewicht in den Etat hineinzubringen. Das muß aber in den nächsten Tagen unbedingt geschehen, damit der Etat rechtzeitig verabschiedet werden kann.

### Die Polenbesprechungen beendet.

Die vereinigten Reichstagsausschüsse zur Beratung des Young-Planes führten Dienstag die vertrauliche Beratung über das Polenabkommen zu Ende. Die Abstimmung über dieses Abkommen soll erst nach Schluss der gesamten Beratungen zugleich mit den übrigen Liquidationsabkommen und dem Rahmengesetz für das Young-Abkommen stattfinden. Es wird nicht geglaubt, daß dies vor Ende der Woche der Fall sein wird.

### Moldenhauers neuer Deckungsplan

Berlin, 25. Februar. Die Einzelheiten der neuen Deckungsvorlage des Reichsfinanzministers werden vorläufig noch streng vertraulich behandelt. Fest steht jedoch, daß die Vorschläge Dr. Moldenhauers im Gegensatz zu anderen Gerüchten den Gedanken eines Notopfers aus dem Einkommen aller Festbesoldeten zur Sanierung der Finanzlage nicht enthalten. Allerdings zur Sanierung der Finanzlage nicht enthalten. Allerdings zur Sanierung der Finanzlage nicht enthalten. Allerdings zur Sanierung der Finanzlage nicht enthalten. Allerdings zur Sanierung der Finanzlage nicht enthalten.

Wie die Morgenblätter melden, bezieht im Reichsfinanzministerium der Plan, eine Benzinststeuer einzuführen. Der Gedanke an eine Steuer auf Mineralwasser soll fallen gelassen worden sein.

Der Börsenkurier berichtet, daß die Kosten der Einnahme des Haushaltsplanes noch einmal genau durchgeprüft werden. Bei den jetzigen Steueransätzen liege das Risiko bei der Vermögenssteuer, bei der Umsatzsteuer und beim Spiritusmonopol. Dieses Risiko wird auf 110 Mill. Mark geschätzt, wovon auf das Reich 95 Mill. entfallen. Es soll daher eine Reserve von etwa 45 Mill. Mark in den Haushaltsplan eingestellt werden. Gewisse Möglichkeiten liegen weiter in der Verfüzung der Fälligkeitstermine. Hier könnten als einmalige Steuererhöhung bei der Tabaksteuer 30 Mill., bei der Biersteuer 30 Mill., bei der Zucksteuer 14 Mill., bei den Tabaksteuerumlagen 5 Mill. und bei den Zucksteuerumlagen 3 Mill. hereingebracht werden. Das würde eine einmalige Einnahme von 82 Mill. Mark bringen.

Einigung, zum Tarifausschluß kommt und ein Streik bzw. eine Ausförrung mit ihren schweren wirtschaftspolitischen Folgen gerade dann ausbricht, wenn die Baukosten beginnen. Das wäre nicht nur für die Bauwirtschaft katastrophal, sondern auch für die anderen, keineswegs nur Rosen gebetteten Industrien, die mit von ihr leben.

## Kabinett Chautemps wieder gestürzt

Paris, 25. Februar. Die Kammer stimmte Dienstagabend zuerst über die Priorität der drei zur Tagesordnung eingebrachten Anträge, davon zwei Mißtrauens- und ein Vertrauensantrag, ab. Die Regierung knüpfte hieran die Vertrauensfrage. Die namentliche Abstimmung, die sich über 1 1/2 Stunden unter ungeheurer Spannung hinzog, ergab die Niederlage der Regierung. Die Ziffern sind folgende: 277 für die Regierung, 292 gegen die Regierung. Die Regierung bezog sich kurz nach 22 Uhr zum Closure, um dem Präsidenten der Republik ihren Rücktritt zu überreichen. Präsident Doumergue hat die Demission angenommen und die zurückgetretenen Minister mit der Führung der laufenden Angelegenheiten betraut.

Paris, 25. Februar. Der Andrang zu der Kammerführung, in der sich die Regierung Chautemps vorstellte, war ungewöhnlich stark. Auf die Programmrede des Ministerpräsidenten, die verhältnismäßig geringen Beifall fand, folgten die Reden der Opposition und zwar zwei von der Rechten und ein Kommunist. Ministerpräsident Chautemps verwies in seiner Rede auf das bereits bekannte Regierungsprogramm. Die Opposition hätte sich verge-

lich bemüht, Widersprüche herauszuleben. Die Außenpolitik Briand sei stets die gleiche gewesen. Auch im neuen Kabinett denke man daran, die nationale Verteidigung Frankreichs zu schwächen. Die Regierung werde eine Finanzpolitik treiben, die die nationale Wirtschaft in keiner Weise schädigen werde. Ein Redner hätte behauptet, daß Tardieu nicht nach London zurückkehrte. Das wesentliche sei aber, daß Briand, der die französische Friedenspolitik betreibe, an den Londoner Verhandlungen auch in Zukunft teilnehmen werde. Der Sozialist Blum erklärte, die Sozialisten würden für die Regierung stimmen. Es könne jedoch keine Rede davon sein, daß die gegenwärtige Regierung die Gefangenen der sozialistischen Partei sei, denn diese teile die Auffassung des neuen Kabinetts in vielen und wichtigen Fragen keineswegs. Der Präsident gab sodann die drei Tagesordnungen bekannt. Die Radikalsocialistische spricht der Regierung das Vertrauen aus. Die der Linksrepublikaner lehnt das Vertrauen ab, da die Grundlage der Regierung zu schwach sei. Die dritte Tagesordnung, die der Linksradikalen lehnt das Vertrauen gleichfalls ab, da die Kammer nicht das Vertrauen zu der gegenwärtigen Regierung habe, daß es ihr gelingen werde, die wirtschaftlichen und politischen Aufgaben zu lösen. Nach einer kurzen Rede des Radikalsocialisten Hertel wurde zur Abstimmung geschritten. Im Senat wurde die Regierungserklärung durch den Justizminister Steeg verlesen. Die hierzu eingebrachte Interpellation wurde vertagt.

### Die Regierungserklärung Steuererhöhung. — Sozialversicherung. — Haager Abkommen.

In der Regierungserklärung, die Ministerpräsident Chautemps in der Kammer und Justizminister Steeg im Senat verlasen, heißt es u. a.: Unmittelbare Pflichten sind zunächst zu erfüllen. Von morgen ab werden die französischen Delegierten in London anwesend